

# Halle'sche Reform.

Organ für das werktätige Volk.



Abonnements-Bedingungen.

Die „Halle'sche Reform“ erscheint am 1. und 15. jeden Monats. Der Abonnementspreis beträgt in Halle: frei in's Haus 1 M. 50 Pfg. Durch die Post: 1 M. 62 Pfg. inkl. Postgeb. (Voll-Zeitungsliste Nr. 3398.) Durch Kreuzband bezogen 2 M. 25 Pfg. für drei Monate. Einzelnummer 20 Pfg. — Inhaber: Die halle'schen Verlagsanstalten, Postfach 20 Hennaia. Alle Sendungen sind an Redakteur C. Schröder, in Halle a. S. Mittelstraße 6 zu richten.

Nr. 11.

Halle a. S., den 1. Mai 1913.

20. Jahrgang.

## Zur Wehrevorlage.

Es ist kaum mehr zweifelhaft, daß die Riesenmilitärvorlage mit ihren ungeheuerlichen Anforderungen an die finanzielle Leistungsfähigkeit des deutschen Volkes im Reichstage angenommen werden wird. Aus der Zentrumspresse gewinnt man den Eindruck, daß die Zentrumsfraktion des Reichstages, bei der die Entscheidung liegt, sich mit der Tatsache dieser Volksgroßfäulnis eng abgefunden hat und es den Herren Spanin und Wachen gelungen ist, die Opposition in den eigenen Reihen zum Schweigen zu bringen. Im „B. Kur.“, der in der Frage der Wehrevorlagen bisher so ziemlich den Standpunkt des „Vld.“ vertreten hat, kommt seit einigen Tagen nur mehr der Abgeordnete Erzberger zum Wort, der auf dem Flügel der Sozialisten steht.

Selbst auf die Gefahr hin, zu tauben Ohren zu reden, möchten wir den Herren doch nochmals die Frage vorlegen: wohin kommen wir, wohin müssen wir kommen, wenn das deutsche Heer fort und fort vergrößert, die Lasten des Volkes infolgedessen von Jahr zu Jahr vergrößert werden? Wir müssen an eine Grenze kommen, an welcher der Abgrund, der Untergraben, eine furchtbare Explosion unabweislich, wenn nicht vorher, bei Zeiten eine Umkehr erfolgt. Die letzten vier Begehren haben gezeigt, daß, wenn das Deutsche Reich rüstet, die andern, denen dies gilt, nicht müßig sind, sondern, in den deutschen Rüstungen eine Gefahr für sich sehend, im Rüstungswettstreit Deutschland womöglich noch zu übertrumpfen suchen. Diesbezüglich sind wir in der Defensive, die anderen in der Offensive, d. h. ihre Rüstungen sind lediglich die Antwort auf die unseren. So wird es auch bei dieser Heerevorlage sein, welche uns für die nächsten fünf Jahre zu den bisherigen Lasten eine Riesenlast von 1663 Millionen Mark aufbürdet.

Man verweist auf die gegenwärtige angebliche Stimmung in Frankreich, wo allerdings der Abwechslung halber wieder einmal wieder auf Deutschland geschimpft wird. Aber doch eben wegen dieser ungeheuerlichen deutschen Heerevorlage. Und dann könnte dieses Geschimpfe nicht vielleicht ein Zeichen der Schwäche, ein Beweis dafür sein, daß man Deutschlands Stärke und die eigene Schwäche fühlt? Das beste Argument für die Stärke ist die überlegene fühle Ruhe. So lange man in Frankreich sich mit kleinsten Belastigungen eingewandter Deutscher und mit Ausstoßen großmütiger Schimpfworte vergnügt, haben wir nichts zu fürchten. Fürst Bismarck hat gerade deshalb die französische Republik zu erhalten gesucht, weil er voraus sah, daß das republikanische System die wörtliche, das monarchistische System die tätliche Revanche bevorzugen würde. Das französische Volk will keinen Krieg mit Deutschland. Gelegentliche kriegerische Aeußerungen sind in der Hauptsache auf das allseitige Kraftmetierum sowie auf die von französischen Heeren genährte Besorgnis vor einer deutschen Ueberumpelung zurückzuführen, gegen die sich die Franzosen schützen wollen. Und das Bezeichnende ist, daß die Hauptgegner in der Regel in Frankreich naturalisierte Juden sind, die mit ihren Stammes- und Rassegeossen an der Ahemie am gleichen Strang ziehen, aber noch lange nicht die öffentliche Meinung Frankreichs bilden oder die Stimmungen und Absichten der französischen Regierung wiedergeben.

Kremer fährt man zur Begründung dieser wahnwitzigen Heerevorlage die „anwachsende panlawistische Stimmung“ in den slavischen Ländern ins Treffen und spricht von einem bevorstehenden Existenzkampf zwischen Slaventum und Germanentum. Auch Herr v. Bethmann hat im Reichstag mit diesen eigentlich besser für eine politische Kinderstube passenden Schlagwörtern operiert und, wie Schmuck berichtet, damit „erschütterlichen Eindruck“ gemacht. Nun haben aber beispielsweise

die Balkanstaaten gar nicht an das Germanentum gedacht, als sie gegen die Türken vom Leber zogen. Ihr Kampf galt nationaler und religiöser Einigung gegenüber Slaventum und Halbmond. Erst bei in politischen Dingen so ungemein taktilvollen reichspräsidenten Kurrapresse blieb es vorbehalten, die Interessen des Slaventums und des Halbmondes mit denen des Germanentums zu identifizieren und den Satz vom Slaventum contra Germanentum zu prägen.

Die nationalistischen Kreise in Rußland nahmen diese Parole um so bereitwilliger auf, als sie für ihre dem Friedensgedanken abholden Pläne vortrefflich paßte. In der deutschen Presse hat man den panlawistischen „Teufel“ so lange an die Wand gemalt, bis er leibhaftig erschien und sich durch ungemein heftige, selbst der russischen Regierung unangenehme Lebhaftigkeit manifestiert.

Die Slaven der Balkanländer, Oesterreich-Ungarns, die Polen Preußens usw. haben gar keine Sehnsucht nach der russischen Kneute, ihr Unabhängigkeits- und Freiheitsdrang ist sicher ebenso groß wie der unserer; wenn man aber ständig das Feldgeschrei: Germanentum gegen Slaventum! von sich gibt, wenn man den Rassenkrieg predigt und sämtliche slavischen Völker in ebenso unkluger wie gehässiger Weise ständig provoziert und vor den Kopf stößt, wenn man, wie in Preußen, gegen ein rund 20 Millionen zählendes slavisches Volk mitten im Frieden einen förmlichen Vernichtungs- und Ausrottungskrieg führt, im Namen des Germanentums, dann ist es nicht verwunderlich, wenn man schließlich das Feldgeschrei: Die Slaventum — die Germanentum! auch in jenen slavischen Kreisen und Völkern, die bisher die panlawistische Idee von sich gewiesen haben, auf verständnisvolles Entgegenkommen stößt und damit einer bisher leeren Formel erst den entsprechenden Inhalt gibt. Ein fluger Staatsmann würde einer solchen Eventualität vorbeugen, indem er bei Zeiten eine Sammlung aller slavischen Kräfte durch eine weise Sozialpolitik verhindert, bei uns aber macht man es umgekehrt: man treibt durch eine gehässige Ausnahmepolitik Millionen von Slaven förmlich in die Arme Rußlands, von dem sie durch die Verheerungen der Religion und eine jahrhundert lange Geschichte nicht räumlich, sondern auch durch ihre ganze Empfindungswelt bisher getrennt waren. Wir selbst schmieden ja die Kette, die uns umklammern soll.

Herr v. Bethmann sprach von der Schwächung der deutschen Weltstellung, die in den letzten Jahren eingetreten ist. Eine solche ist nicht zu bestreiten. Schuld daran aber ist unsere Politik, ist vor allem unsere unfähige Diplomatie, die immer erst dann den Schlaf sich aus den Augen wäscht, wenn alle anderen bereits aufgestanden sind. Man schaffe die Möglichkeit, die diplomatische Karriere auch jenen Kreisen zu erschließen, die bisher von ihr streng fern gehalten wurden, dann wird man eine größere Auswahl unter den an verantwortungsvollen Stellen zu berufenden Männern und dementsprechend auch bald verbesserte diplomatische Leistungen haben. Der Reichstag würde sicher die entsprechenden Stimmen bewilligen.

## Halle.

\* Die Millionenwirtschaft ist in unserem Vaterlande statt geworden, die Wehrevorlage erfordert Milliarden und unsere Stadtvorordnete haben sich auf den Standpunkt gestellt, was machen sich Millionen aus uns, sie bauen eine Stadthalle, eine Schwimmhalle und vielleicht auch noch eine Markthalle. Der großstädtische Zug erfordert dies und da sollen die Bürger nicht murren, wie anno dazumal sollen sie bringen Gold, wofür sie Eisen erhielten. Die „Kaiserfälle“, den einzigen großen Saal haben sie geschlossen, wegen — „Gefahr“. Was dato war aber gar keine Gefahr konstatiert sondern nur in Annahme gestellt. Der Stadt

ist dadurch großer Schaden zugefügt, denn größere Zusammenkünfte von Vereinen sind damit unmöglich gemacht, die Geschäftsleute hat stark gelitten.

Die Stadthalle soll angeblich keine Konkurrenz für die Gastwirte werden, im Gegenteil, die „herbeiströmenden“ Fremden würden auch andere Lokale besuchen. Das ist doch ein Trost! Wenn aber die „Sängerhalle“ nicht das bringt, was auf dem Papiere ausgerechnet steht, na, dann machen wir ein großstädtisches Vergnügungstokal daraus.

Die Schwimmhalle verspricht ebenfalls keine einträgliche Einrichtung zu werden, na, dann schiffen wir zu. Bei hohen Preisen kommen zu wenig, bei niederen Preisen rentiert sich die Halle nicht. Alle, die da baden gehen, schwimmen doch nicht, und in den Fabriken sind Badevorrichtungen vorhanden, die allem Komfort entsprechen, wenn man aber sich befragt ob die Bade-Einrichtungen recht fleißig benutzt werden, so bekommt man zum Bescheide, dieselbe wird verflucht wenig benutzt, wir haben Prämien ausgesetzt, auch das zieht nicht.

Die Stadtväter wollen den Fremdenverkehr heben, was eine schwere Aufgabe für Halle bleiben wird, wenn die Behörde sich nicht dem Leben und Treiben in den Großstädten anpassen will. Was ist z. B. auf der Leipziger Messe alles erlaubt, man vergleiche dagegen nur den Halle'schen Jahrmarktstrimmel, jüdische Schnorren, das ist das einzige was die Hallener anzieht. Man halte einmal Umfrage, ob der Jahrmarkt den anständigen Geschäftsleuten Nutzen bringt, da kann man etwas zu hören bekommen. Wir wollen hier die Abwechslung, die eine Großstadt bietet, nicht aufzählen, es werden wohl alle, die an dem Großstadtleben Wohlgefallen finden, wissen, was der Stadt Halle alles fehlt.

Ein neues Theater soll auch noch entstehen. Mit der Markthalle geht es etwas langsam, aber sie kommt, und das alles im Jahre des Heils 1913, nur sind die Ausichten einen gewissen, zahlungsfähigen Mittelstand heraufzubeschwören, noch weit, weit im Felde.

In diesem Jahre hat die Stadt den Fleischer den Ruin geschworen, jetzt hat man die Maler beim Felle; man will ein Landschaftsbild schaffen, weshalb man eine Firmenführerordnung eingeführt hat. Ein fluger Beamter aus einem Geschäftsmann den „guten“ Rat: „Inferieren Sie doch in der Inzeratenplantage.“

Wenn alte Schilde abgenommen werden, um sie erneuern zu lassen, dürfen sie nicht wieder angebracht werden. Die Firmenschreiber können zum Fenster hinausschauen und nachsinnen, wo sie die Erfindungsmittel hernehmen.

Na, wenn das alles nicht behagt, der lege sich die Frage vor: Wo lebt man am beschiedensten? In Berlin; da lebt sogar ein Kriegsminister von Heeringen.

## Milliardenverschwendung.

„Die Reichsregierung bringt auf reichste Durchführung der Wehrevorlage, an Entschaid der Deckungsvorlage liegt ihr weniger!“ Das glauben wir gerne. Nur erst einmal neue Generale, Stabsoffiziere her, auch entsprechend Soldatenmaterial. Wer A sagt, muß dann auch B sagen, und Gemügnigung findet die Vorlage dann doch, so denkt der schweigsame Reichszanler, so denken die militärischen Größen, aber die Herren Abgeordneten dürfen nicht so denken, reden und abstimmen, wenn sie nicht zum letzten Mal in Berlin gewesen sein wollen, denn „das Volk“, das die Soldaten stellen soll und „die Herrschaften“, welche die Unkosten für die Wehrkosten der Vorlage doppelt sollen, finden immer weniger Freude am Soldatenpiel und an der Vermögensabsapfung. Nicht nur die Sozialdemokraten sind Gegner der Vermilitarisierung, auch viele Männer vom liberalen Michmästchen in allen Nianzen und Nummern finden ein Saar in der Suppe. Selbst die Ruhhaut hat ihre Meinung und ihr Fell gewechselt

und statt der zottigen Außenseite zeigt sie ihre glattere Aulseite: Als die ersten Mitteilungen vor einigen Wochen erschienen, gebärdete sie sich wie toll und machte die kapriolierten Kälberprünge: warum so wenig Soldaten, nur mehr, nur mehr, und warum so wenig Steuern, da das Volk doch seine größte Lust am Steuerzahlen hat, mühte sie und jetzt verlangt sie schärfste Prüfung; jede Mark, die unnötig vorausgehrt wird, ist Verwöhnung, brüllt sie und findet Freude am Reim: „Wir gehen mit dir durch die und dünn, doch möchten wir wissen wohin, wohin!“

Nun denn, wir raten allen Verehrern der Fickelhaubenmethode, das Urteil des „narrischen“ Sultan Abdul Hamid nachzulesen, der mit großem Scharfsinn erkannte, wie viel Land und Spiel hinter der Soldatenausbildung nach nordischem Muster stecke, und wie der Sekt und das Gigerltum regieren.

Es ist richtig, 1866 und 1870 haben die Preußen ihre damaligen Gegner überaicht durch ihre Organisation und Strammheit; aber 1912 und 1913 drehte sich der Spieß, und die Ueberläufer waren diesmal die Montenegriner, Serben, Bulgaren, und die Herren „Sammediebe“, „Mausfallenhändler“ und „Schweinehirte“, wie man sie so verächtlich benamfte, stehen heute als Sieger da. Disziplin, Manneszucht, Strapazenüberwindung, Hunger, Kälte, Schnee und Regen, Cholera, Scharfpestigkeit, Todesmut zeigten und ertrugen die Volkswölfer, daß ein Schlottern in die Stiechgriffeln fuhr, wie nie zuvor.

Und das Auge des Bezopften, das so sehr gewöhnt war, sich zu ergöhen an ausgerichteten Helmstippen und aufgeschmalten Janurgeraden Feldfesseln, an vorgezeichneten Fußspitzenlinien und dammenabschneidenden Präzidentgrößen, das sich erstreute am Dröhnen des Kommissariatspaßbüchens, die sahen und hörten nichts von den stillen Vorbereitungen dieser Wölfer für den Befreiungskrieg und den Entscheidungskampf. Sie merkten nicht, wie die Alten und die Jungen, die Greise und die Knaben ihre Muskeln stählten und dem Schicksal oblagen mit einem wahren Feuertreuer. Den zivilen Herrchen mit den Monokeln, den goldenen Armbreiten an der Männerband und der Gigerhaltung entging dies alles, bis der große türkische Kladderbatz da war.

Und diese Taubheit und Blindheit soll jetzt das Volk wieder gutmachen durch Milliardenabgaben und Blutsteuer; es soll nicht mitreden, daß die Geschichte der Länder nicht mehr abhängen vom Samaschendienst, dem Stiechgriff und Präzidentgriff!!!! Jetzt hat das Volk ein Recht zu sagen: Was den Balkanvölkern zum Sieg verhalf, zum Sieg genügte, verhilft auch uns zum Erfolg, und nicht die Weisheit, mit welcher ihr Vertreter eines veralteten Systems und einer vergangenen Welt uns eingeleitet habt. Was man zum Kriege braucht, das muß der Jugend durch Turnen und Spiel, durch Marsch und Wanderung erlernt, das muß in einem Jahr wie bei den Serben und Bulgaren im Heeresdienst erreicht werden und alles, was zum Kriege in keiner Beziehung steht, muß unbarmerzig ausgespart werden, auch wenn Samaschköpfe und -füße in Dymnast fallen. Das ist besser, als wenn Nation und Staat finanziell verbluten und kulturell in die Brüche gehen.

Die Regierung will die Militärvorlagen durchpeitschen, damit das alles nicht erwähnt wird, damit die herrschende Kriegsangst ausgehört wird. Zum Durchpeitschen ist aber gar kein Anlaß gegeben, denn bricht ein Krieg aus, dann kommt die ganze Vorlage zu spät, wird er vermieden, dann wiederholt sich die ganze kritische Situation nicht so bald und deshalb haben wir, d. h. der Reichstag, recht viel Zeit zur Prüfung, die nach den Erfahrungen der neuesten Zeit in dem von uns erwähnten Sinne erfolgen muß.

### Jüdische Offiziere.

Im Reichstag kam wieder einmal die Frage der Zulassung von Juden zum Offizierkorps zur Sprache. Sozialdemokratie und Fortschrittliche Volkspartei nahmen sich in gewohnter Interessensvertretung der zurückgesetzten Hebräer an. Der Sozialist Schöpflin, der Vertreter der „Freiheit“, plädierte natürlich in diesem Falle auf Zwang:

„Wenn der oberste Kriegsherr und Kriegsminister und die ganze Militärverwaltung prinzipiell der Meinung sind, daß die Juden Reserveoffiziere werden können, warum ist dann der Widerstand des Reserveoffizierkorps unbefugbar? Als in der Kommission vorgeschlagen wurde, es sollten doch ein paar jüdische Söhne, deren Eltern Lust hätten, sie Offiziere werden zu lassen, in das Lichterfelder Kadettenkorps eingestellt werden, erklärte der Kriegsminister: „Rein, das

geht nicht, das Kadettenkorps ist eine christliche Erziehungsanstalt.“

Den roten Heerführern wollen wir vor Augen führen wie die Liebe zum Soldatenleben bei den Juden ausschaut.



In der „Geschichte der Organisation der Landwehr in Bommern“ im Jahre 1813“ heißt es:

Die Landschäften des Kreises Deutsch-Crone hatten nicht unbedeutende Geldanerbietungen gemacht, um die Befreiung von der Landwehr zu erlangen. Sie wurden abschlägig beschieden, gaben aber den Versuch nicht auf, sich frei zu machen. Der Gemeindevorsteher in Deutsch-Crone bot 10 000 Taler für 120 zur Landwehr defigante Juden, dann noch 1000 und endlich noch 2000, außerdem 100 schwarze Husaren und vier Landwehr-Kettern, begleitete auch den Antrag sogleich mit einem Geschenk von 24 Gewehren. Der Mann hieß Friedberg, war in seinem ganzen Kreise als ein sehr geachteter Mann und Patriot bekannt und motivierte sein Gesuch unter anderem mit den Worten: Ich würde mich gar nicht diesem Gesuch unterzogen haben, wenn ich nicht völlig überzeugt wäre, daß bei jetzigen Zeiten feige Memmen gar nichts, 1000 Taler bar Geld aber sehr viel helfen können.“ Diese durchaus praktische Auffassung der Sache bewog denn auch das Militärgouvernement, den Antrag zur Entscheidung an den König gelangen zu lassen, und ehe Kabinetts-Befehl vom 29. Mai 1813 erklärte sich auch mit diesem Vorhage einverstanden, da Allerhöchstdieselben derartige Leistungen der Juden dem persönlichen Dienste derselben vorzogen.“ Dadurch wurde die Sache glücklich selgelegt und eine Vorchrift für Juden-Loskaufgelder festgesetzt, die von der Juden-schafft der einzelnen Städte befolgt wurde.

Der freisinnige Hebräer Dr. Ablas zog etwas schärfere Saiten auf:

„Ueber die Frage der jüdischen Einjährig-Freiwilligen hat sich der Kriegsminister mit dankenswerter Offenheit ausgesprochen. Er hat von antisemitischen Tendenzen gesprochen. Daß der Jude keine militärischen Fähigkeiten hat, behauptet niemand. Bei der Einbringung der Militärvorlage wurde gesagt, wir können auch nicht auf einen Mann verzichten. Wenn man aber in dieser Weise die jüdischen Einjährigen nicht in das Offizierkorps einläßt, wenn sie sich nicht vorher taufen lassen, so ist das mit allgemeiner Gleichheit nicht vereinbar. Wir wünschen, daß durch eine Statistik dargetan wird, in welchem Grade die Juden von der Beförderung ausgeschlossen werden.“

Die jüdische militärische Fähigkeit und Tapferkeit ergibt sich aus folgendem Bilde.



Wenn man auch den vom Affen abstammenden Plattfüßlern entgegenkommen würde, jüdische Kavallerie-Regimenter zu bilden, dann käme im Einzelfalle sicherlich folgendes Bild heraus.



Daß der Hebräer keine militärischen Fähigkeiten hat, ist so oft von berufenen Fachleuten nachgewiesen worden, daß es dazu keiner besonderen „Statistik“ bedarf. In vornehmer Zurückhaltung wies daher der Kriegsminister von Heeringen die hebräischen Zubringlichkeiten mit den Worten:

„Das Offizierkorps soll sich nach der Meinung der Vorredner nur aus bestimmten Schichten zusammensetzen. Die Stellung der Offizieraspiranten und der Reserveoffiziere muß allerdings dem Ansehen des Offizierkorps entsprechend sein. Das ist aber kein Rassenurteil. (Heiterkeit und Widerspruch.) Wer Führer von Mannschaften sein will, kann als Reserveoffizier im Mobilmachungsfalle nicht plötzlich vor die Front gestellt werden, wenn er aus einer Stellung kommt, die zu dem untersten des Volkes gehört.“

Die „Untersten des Volkes“ sind natürlich nicht die broden deutschen Bauern und Arbeiter, sondern die aus dem Orient eingewanderten Schnorzer, die, jetzt zu „Kommerzienräten“ geworden, das „Kommandieren“ gelernt haben. So sagte der Abgeordnete Mumm:

„Die Juden haben allerdings eine gewisse Vorliebe für das Kommandieren. Sie sollten sich auf das Kommandieren in der Sozialdemokratie beschränken. 1812 waren sie Spione, das sage nicht ich, das hat Moltke gesagt. Ich verweise auch auf das Urteil Bismarcks über die Eignung der Juden zu autoritären Stellungen.“

Was wollen die Hebräer gegen Moltke und Bismarck sagen?

### Juden als Vorgesetzte.

Die neuen Rüstungsvorlagen sehen viertausend neue einrichtende Offizierstellen im deutschen Heere vor. Wenn auch diese hohe Zahl nicht ganz durch alle parlamentarischen Instanzen durchgebracht werden sollte, so bleibt immerhin die Neuschaffung einer sehr hohen Zahl von Offizierstellen als berechtigte Forderung der Regierung bestehen, und man kann auf mehr als 3500 Stellen rechnen.

Da ist es nun interessant, festzustellen, daß die ewigen „freisinnigen“ Wünsche auf Einstellung jüdischer Offiziere von neuem mit großer Energie erhoben und in den Vordergrund gehoben werden. Ja, gewisse Parlamentarier sprechen geradezu von einem „do ut des“-Geschäft, und meinen, daß man die Bewilligung der neuen Offizierstellen abhängig machen solle von der „verfassungsgemäß garantierten Gleichberechtigung der Konfessionen“.

Nun hat der freiservervative Abgeordnete Generalmajor a. D. von Liebert anlässlich der Beratung des Offizierjahres im Parlament am 7. April ganz offen folgendes geäußert:

„Es wird der Heeresverwaltung nicht leicht werden, den notwendigen Offiziernachwuchs zu bekommen. Auch hierzu hat sich im „Berl. Tageblatt“ schon Herr Morath gemeldet und angeregt, jüdische Offiziere einzustellen. Der Herr könnte diese Sorge der Heeresverwaltung und dem Offizierkorps selbst überlassen. Was durch die Einführung von Fremdkörpern aus einem Offizierkorps werden kann, zeigt jetzt die türkische Armee, die Juden, Armenier und Christen aufnahm, wodurch sie den osmanisch-mohammedanischen Charakter verlor und ein Gemengel wurde.“

Der Kern des ganzen Problems liegt aber in der Gefährdung der Disziplin.

Wer jemals das Vergnügen hatte, einen hebräischen Einjährigen in der Rolle als „Vorgesetzter“ vor der Front zu sehen, und in den Wienen der Rekruten und altgedienten Leute lesen konnte, — wer jemals die versteckte Heiterkeit miterlebt hat, die ein „würdevolles“ Auftreten eines hebräischen Oberleutnants unter den spottlustigen Gymnasialisten erweckt, der wird es für unmöglich erklären, solche „Vorgesetzte“ (selbst nach milderer Taufe) ernst zu nehmen. Das weiß auch der Geheime Justizrat Cassel ganz genau, und deshalb forderte er am 8. April im Landtage, bei der Erwiderung auf die Warnung des Abgeordneten von Gopler, daß der Minister alles tun müsse, um das Wirken des jüdischen Schuldirektors in seinem Amte zu fördern! Wer da weiß, was „Sir“ Cassel unter „Förderung“ versteht, — nämlich Bevorzugung und Verschönerung, — der wundert sich, daß ausgerechnet ein Mitglied der „freisinnigen“ Partei diese Erklärung abgeben konnte, einer Partei, die jeden „Eingriff“ der oberen Verwaltungsbehörden in den Gang der Geschäfte als „verfassungswidrig und illoyal“ zu brandmarken weiß, — solange es sich um Maßnahmen gegen die Interessen der „Judenheit“ handelt!

„Ich gönne den Juden alle Rechte, nur nicht das, in einem christlichen Staate ein obrigkeitliches Amt zu bekleiden, — so sagte einst der Altreichsfürst Bismarck, dem die Einbuße an Disziplin der Untergebenen gegenüber einem rassistenden Hebräer keinen Augenblick zweifelhaft war.“

Aber auch der Ausdruck „Fremdkörper“ ist durchaus gerechtfertigt. Denn einer der größten

sähigkeiten  
gehörigen  
sittlich" be-  
dager der  
Zudring-  
der Mein-  
Schichten  
Offizier-  
allerdings  
sein.  
Heiterkeit  
nischkeiten  
in Mobil-  
kommt, die  
nicht  
sondern  
rrer, die  
Komman-  
geordnet  
wisse Vor-  
sich auf  
tratie be-  
lage nicht  
auch auf  
der Juden  
und Bis-  
send neu-  
reere vor-  
alle par-  
den sollte,  
ehr hohen  
erung der  
als 3500  
dass die  
jüdischer  
oben und  
gewisse  
"do ut  
erwilling  
de von der  
igung der  
General-  
atung des  
gang bes  
leicht wer-  
bekommen.  
att" schon  
de Offiziere  
Solge der  
sicht über-  
rembörser  
jetzt die  
de Christen  
hammeda-  
wurde."  
ber in der  
en hebrä-  
orgelehter  
tinen der  
konnte, -  
st hat, die  
en Ober-  
erweckt,  
che Vor-  
erst zu  
Zustizrat  
erte er am  
auf die  
dass der  
irken des  
u fördern  
förderung  
erfchiebung,  
stigt der  
g abgeben  
griff" der  
g der Ge-  
zu brand-  
sahnen  
undell!  
nur nicht  
richtigliches  
Ulreichs-  
Disziplin  
renden He-rper" ist  
er größten

Juden, D'Israeli, der als „Lord Beaconsfield“ lange Zeit das Englische Reich geleitet hat, gestand offen ein, daß die Judenheit ein „Fremdkörper“ unter den Völkern ist.

Ebenso war es eine von D'Israeli schon anerkannte Wahrheit, wenn der Abgeordnete von Goshier von den „Juden“ als Träger des Unfortuns sprach. Beaconsfield erklärte wörtlich im Jahre 1847:

„Die mächtige Revolution, die sich in Deutschland vorbereitet, entwickelt sich gänzlich unter den Auspizien der Juden.“ Und der Begründer der Sozialdemokratie, der Hebräer Karl Marx sagte:

„Welches ist der weltliche Grund des Judentums? — Der Eigennuß. — Welches ist der weltliche Kultus der Juden? — Der Schacher. — Welches ist sein weltlicher Gott? — Das Geld! — Und Angehörige dieser Rasse sollen wir unter das Offizierkorps aufnehmen, dessen Ideale doch ganz anders sind, wenn auch manchmal ein entgleister Kamerad — meist verführt von hebräischen Einflüssen — sich gegen den christlich-germanischen Volksgott verkehrt? In derselben Nummer des „Berliner Börsen-Courier“, die über die Warnung des Abgeordneten von Liebert berichte — am 9. April — steht dicht vor dieser der Bericht über das Urteil der Kieler Strafkammer, die den hebräischen Reserveoffizier Lewicki wegen Erschaffung und Betrug zu drei Jahren Zuchthaus und fünf Jahren Ehrenverlust verurteilte. Er hatte seine Wahl nur dem Umfange zu danken, daß er sich hatte taufen lassen. Daß diese Negativentscheidung nicht der Rassefälscher schützt, ist jedem Anthropologen klar. Und deshalb wäre es von weittragender Bedeutung, wenn man bei der Ablehnung von Hebräern im Offizierkorps nicht die Religion, sondern die Abstammung als ausschlaggebend ansehen würde. Denn nicht in der „Konfession“, sondern in der orientalischen Rasse liegt das Wesen der „Fremdkörper“, die als Kameraden der deutschen Offiziere gänzlich ungeeignet sind, ja, vor dem Feinde geradezu eine Gefahr bedeuten. Die über-gelaufenen Offiziere der Franzosen im Kriege von 1870/71 waren Hebräer! Ausnahmen bestätigen die Regel und sind meist auf eine bessere Beimischung deutschen Blutes unter den weiblichen Vorfahren zurückzuführen.

Dem Kriegsminister aber rufen wir zu allen Lockungen der Freireiservativen und Freistimmigen gegenüber: „Landgraf bleibe hart!“

### Jah und Fern.

— **Erzbischof Mannel** hat sich mit der Prinzessin Augusta Viktoria von Hohenzollern verlobt.

— **Die Grafen Franz Hubert Diele-Winkler** und **Diebold v. Arnim** haben die ihnen aus Anlaß des Regierungsjubiläums Wilhelm II. zugebachte genehmigte Fürstentürme abgelehnt; ersterer, weil sein Adel noch zu jung sei (er ist nämlich 1895 Graf geworden) und weil er keinen gräflichen Haushalt führen könne.

— **Ueber das Einbringen von „Fremdkörpern“** ins reichspräsidentliche **Panzerplattengeschäft** hat sich im Reichstag der Sozialdemokrat Siedelmann lustig gemacht. Er bezog sich dabei auf das Wortwort des bekannten Millionärsfröhen Regierungsrat Martin zum „Sachbuch der Millionäre der Provinz Schlesien“, da heißt es:

„Ein Teil der Aktien der Dillinger Werke A.-G., die gegenwärtig unser größtes Panzerplattenwerk sind, ist in französischen Händen. Die Geschäftssprache in der Generalversammlung ist die französische oder war es bis vor wenigen Jahren. Mehrere Franzosen sitzen im Aufsichtsrat, verdienen ungeheuer viel Geld an der deutschen Panzerplattenfabrikation, an der Bereitung von Meß und Straburg, an der Vergrößerung der deutschen Flotte, an der deutschen Küstenbefestigung und erhalten genauen Einblick in unsere Landesverteidigung. Es sind dies die französischen Herren René de Bobet in Paris und Eugen IV. Comte von Waldner-Freundstein, vormals französischer Leutnant der Reserve, dessen Sohn Eduard französischer Leutnant der Reserve des 10. Regiments Jäger zu Pferde ist, Chateau de Leby, Dept. Allier, und in Paris.“

— **Nun weiß man wenigstens**, wozu der Panzerplattenprofit, der aus den Taschen des Steuerzahlers des Volkes — genommen wird, zu einem großen Teil geht. — Weiter sinne jeder, über die aufgedeckten Manipulationen bei Krupp etwas nach. Wir rücken russischen Zuständen immer näher.

— **Der Großherzog von Sachsen-Weimar**, der Erwerber der **Herrschaf Chorin in Polen**, hat der Mutter des Vorbesizers, Frau v. Taczanowski, eine lebenslängliche Jahresrente von 5000 Mark angesetzt. Herr v. Taczanowski, der das Gut Chorin an den Großherzog verkauft hat, wurde bekanntlich aus dem Familienverband v. Taczanowski deswegen ausgeschlossen.

### Geographische Schwach — Religion auf?

In einer der letzten Nummern der illustrierten Beilage des „Berliner Tageblatt“, dem „Weltspiegel“ befindet sich auf der letzten Seite ein Bild. Man sieht

darau einen Fluß, der von buschartigem Urwald eingerahmt ist; auf dem Fluß liegen zwei Kuberboote mit Eingeborenen. Darunter steht mit großen Buchstaben klar und deutlich (ein Irrtum oder Druckfehler ist ausgeschlossen): „Rudersport in Deutsch-Dsafirra, Westaustrop der Dualaneger auf dem Kamerunfluß.“ ... Kamerun mit den Dualanegern liegt bekanntlich auf der westlichen Hälfte Afrikas, aber das macht natürlich den Kolonialkundigen des „Tagebl.“ zu denen ja auch Herr Bernhard Dernburg zählt, nicht das Mindeste. Vielleicht läßt diese Entdeckung den Schluß zu, daß das „B. L.“ seine Schwäche in der Geographie nach dem alten Sprichworte durch besondere Leistungen in Religion wieder ausgleicht. In welcher Religion, das sei der Entscheidung unserer Leser überlassen.

— In Preußen stehen die **Wahlen zum Landtag** bevor. Die Unsumftigkeit des famosen Dreiklassenwahlrechts zeigt die „Freie Ztg.“ an einigen markanten Beispielen. Es wird für Berlin festgestellt, daß im 28. Bezirk Kultusminister v. Trotz zu Solz in der dritten Klasse wählen muß. Im 34. Bezirk wählen gleichfalls in der dritten Klasse die Minister v. Breitenbach, v. Schorlemer, Erdow, die Staatssekretäre Kraetke und Köhn. Im 35. Bezirk gehören zu den Wählern der dritten Klasse die Minister Bessler und Delbrück und der Reichstagslangler v. Belsmann-Hollweg. — Und in der ersten Klasse wählen die großen Geldprophen.

— **An den preussischen Erinnerungstagen für das Jahr 1813** die von der Kgl. Münze in Berlin ausgegeben sind, läßt die „Rhein.-Westf. Ztg.“, obwohl sie nach eigenem Geständnis nur nach den in verschiedenen Zeitungen veröffentlichten Abbildungen urteilen kann, folgende gefällige Kritik:

Der hohe Silbergehalt ist das Beste an ihnen. Die aufgeprägte Darstellung ist phantastisch und gewöhnlich. Auf der einen Seite „hoch“ ein Adler auf einer Schlange; der Adler soll wohl Preußen oder Deutschland, die Schlange Napoleon oder Frankreich veranschaulichen. Auf der anderen Seite ist der König zu Pferd, umringt von einigen bewaffneten Lämmern. Darüber steht: Der König rief, und alle, alle kamen. Darunter: Mit Gott für König und Vaterland. Also eine Aufschrift im Stile der Volksschul-Lesebücher. Der geschichtlichen Wahrheit entspricht weitaus eher als der Clausenische Berg dessen Umkehrung: Alle, alle riefen, und der König kam sehr langsam als Letzter. Es war das Volk, das Preußen und Deutschland befreit hat, nicht der König. Das scheint man in Berlin hundert Jahre nach 1813 noch immer nicht begreifen zu haben. Deshalb sind auch bis jetzt alle offiziellen Reden und Feiern auf eine Verherrlichung Friedrich Wilhelms III. und der göttlichen Vorsehung zugeschnitten. Das deutsche Volk ist die Nebenache. —

— **Statt „göttlicher Vorsehung“** wollte das altkeusche Blatt offenbar „göttliche Mission Preußens“ — in anderer Leute Ohren sagen. Diese ist aber keine Entfindung der Zeitgen, auch nicht eine solche aus der Zeit Friedrich Wilhelms III., sondern ist bereits im Gebirn Friedrich II., des „Großen“, entstanden und von diesem höchst erfolgreich ausgeübt worden. Auch König und späterer Kaiser Wilhelm I. bezeichnete die Siege über die Franzosen und das Werden des neu-mobilischen Deutschen Reiches als eine „Fügung Gottes“. Dessen zweiter Nachfolger folgt also nur älteren Spuren und der hölzernen Tradition, wenn er auch die Erinnerungsfestern an das Jahr 1813 auf die Verherrlichung „der göttlichen Vorsehung zugeschnitten“. Der „Rhein.-Westf. Ztg.“ hat es offenbar das Wort „göttlich“ angetan.

— **München-Augsburger Zeitung**. Inzerat: „Meine Tochter hat ihre Verlobung mit Herrn Johann Biermaier gelöst. Kreis-Obstbaulehrer Jos. Wein, Augsburg.“ ... Bier und Wein haben sich noch nie vertragen.

— **Pressmeldung, Kabelgramm.** Also sehr wichtig! Die Polizei in Chicago verhaftete nach Mitternacht alle Gäste in den Restaurants mit Kabarets und Tanzhallen, insgesamt Hunderte von Männern und Frauen aller Schichten. Sie wurden vor die Kommission zur Untersuchung der Laster gebracht und vernommen, weshalb sie die Lokale besuchten. ... Warum? Nun, wahrheitsgemäß doch, um zu beten!

— **558 649 Passagiere** wurden nach einer jeden erschienenen Statistik im Jahre 1912 von Newyork aus nach Europa befördert. Darunter befanden sich 87 794 Passagiere, die die erste und 85 995, die die zweite Kajüte benutzten, während im Zwischen-deck 384 860 Passagiere befördert wurden. Nach Deutschland richteten 115 249 Passagiere ihr Ziel; 49 543 landeten in Hamburg und 65 726 in Bremen.

— **Sämtliche in Glauchau beschäftigten Kellnerinnen** haben die Stadt verlassen. Die Ursache ist eine geheime Verordnung der städtischen Behörden, nach der sie ein Gesundheitsattest beibringen sollen. Den Gastwirten ist bedeutet worden, bei Strafe nur solche Kellnerinnen zu beschäftigen, die ein derartiges Attest besitzen. Da in Glauchau besondere Veranlassung zu dieser Verordnung vorliegt, ist nicht bekannt geworden.

— **Rumänien.** Der Staatschah wies am 31. Dezember 1912 einen Einnahmeüberschuß von 174 430 000 Frcs. auf. (Ständliches Rumänien!)

— **Spanien.** Im Laufe der letzten Monate sind hier Massen ausgewanderter Juden aus Saloniki und anderen Städten der Türkei angekommen, um in dem von Freimaurern regierten Spanien ein neues „Vaterland“ zu suchen. Der Regierung sind bisher 8000 Gesuche um Naturalisierung zugegangen, die zum Teil „wohlwollen“ beantwortet wurden. (Die Juden drücken sich aus den von den Griechen eroberten Gebieten, weil dort „mir mehr zu machen ist ein Geschäft“, da die Gräben den Hebräern etliche Wagenlängen über sind.)

### Adrianopel — Albanien.

Die europäische Diplomatie hat sich durch ihre kurz-sichtige Balkan- und Orientpolitik wieder einmal gründlich blamiert. Dem ungehoblen Einfluß des Jung-türkentums nachgebend, hatte sie wieder einseitig für die Türkei und das die wieder regierende durch jüdische sogenannte „Jungtürken-Komitee“ Partei ergriffen und unter Hinweis, daß Adrianopel, Janina, Schari noch in türkischen Händen seien und die Türkei sich nach wie vor noch im Besitz zahlreicher militärischer und noch unbesetzter Machtmittel befinde, versucht, auf die Balkanstaaten zugunsten der Türkei einen Druck auszuüben. In diesem Sinne wurde durch die Juden-pressen genau so wie vor Ausbruch des Krieges in ganz Europa die öffentliche Meinung mit Hochdruck gehetzt und ein baldiger gänzlicher Umschlag der politischen Lage auf dem Balkan zugunsten der Türkei in Aussicht gestellt.

Die „Staatsbürger-Zeitung“ und der „Reichsbote“ waren bemerksamerweise die einzigen Tagesblätter, welche vor Ausbruch und während des Balkankrieges die politische Lage richtig beurteilt und sich nicht von dem Geschrei der Judenpressen durchgeföhrt ließen. Die zielbewußt und mit Eruennut durchgeföhrt gestürmung von Adrianopel durch die Bulgaren, die man nicht umsonst die Preußen des Balkans nennt, hat neben der Einnahme von Janina durch die Griechen, der Diplomatie der Großmächte einen starken Strich durch die Rechnung gemacht, und die siegreichen Balkanstaaten werden sich besonders, wo sie jetzt im Besitz von Adrianopel und Janina sind, nicht so leicht mehr zu weitergehenden Konzessionen zu Gunsten der Türkei, wie sie verlangt wurden bereit finden. Das Jungtürken-Komitee, welches den Abbruch der Friedensverhandlungen durchgeföhrt hatte, hat dadurch der Türkei einen bitter-bösen nicht hätte gut zu machenden Streich gespielt, denn damals würde die Türkei bessere Bedingungen erlangt als jetzt, da es den Türken trotz aller erlogenen Siegesdepeschen nicht gelang, das Konstantinopel so nahe gelegene Adrianopel zu entsetzen. Die Diplomatie der Großmächte ist nun gegungen, ganz anders mit der siegreichen Balkanstaaten zu verhandeln, und dürfte sich auch Montenegro nicht länger in der Belagerung von Sutari beirren lassen, dessen Kommandant in echt türkischer Verblendung den Abzug der fremden Einwohner verweigert hat.

Recht schwerig gestaltet sich aber nach wie vor die Lage der albanischen Frage. Das Land zwischen Montenegro, Bosnien und Serbien im Norden, dem adriatischen Meere im Westen, Griechenland im Süden, sowie Serbien, Bulgarien und Mazedonien im Osten, wird Albanien — albanesisch Schqipëria, türkisch Arnaut — im weiteren Sinne genannt und umfaßt ein Gebiet von rund 60 000 Quadratkilometern, auf dem eine stark gemischte und bunt durcheinander gewürfelte Bevölkerung, und zwar nicht eben scheidlich und friedlich nebeneinander wohnt.

Eine halbwegs zuverlässige amtliche Statistik über die Bevölkerung Albanien gibt es nicht, und gehört Albanien, besonders Albanien im engeren Sinne des Wortes, d. h. die Hochländer Albanien, zu den unbekanntesten Ländern des europäischen Kontinentes.

Nach zuverlässigen Schätzungen wohnen in diesem Groß-Albanien etwa: Albanesen (römische Christen) 250 000, Albanesen (griechische Christen) 50 000, türkische Christen 350 000, Griechen bezw. griechische Christen 500 000, Bulgaren (christliche) 150 000, Serben (christliche) 100 000, Rumänen und Walachen 100 000, Zigeuner und Juden 50 000, in Summa 2 750 000. Hiervon kommen auf das albanische Hochland etwa 1 Million, meist mohammedanische Albanier, und nur wenig römisch-katholische Christen.

Ueber das Hochland von Albanien hat die Türkei nur eine nominelle Herrschaft ausgeübt und behaupteten die im Inneren wohnenden Bergstämme bis auf unsere Tage ihre Unabhängigkeit. Die Albanier, Schqipetoren, wie sie sich nennen, auf türkisch Arnauten, sind ein tapferer Volkstamm, aus kühnlich, unbehaglichem Unabhängigkeitsstimm. Besonders die albanischen Mohammedaner zeichnen sich seit jeher durch ihren kriegerischen Sinn, aber auch besaß durch den Islam, durch ihre unüberwindliche Abneigung gegen jede geregelte Tätigkeit und Arbeit, die sie möglichst den bei ihnen wenig geachteten Frauen überlassen, aus. Sie beunruhigten

fiets die an ihren Grenzen wohnenden christlichen Serben, Griechen und Bulgaren durch Raub- und Beutezüge, und wurden dabei von den Türken, welche die Unterdrückung, mitunter die Ausrottung christlicher Stämme und Völkerschaften, garnicht ungenossen sahen, und sogar im geheimen und selbst offen forderten, unterstützt. Die Majah (die Nichtmohammedaner) waren trotz der durch die Türken den Großmächten wiederholt gegebenen Versprechen völlig rechtlos. Die Albanesen hatten sich nun im Laufe der Jahre gewaltig vordringend immer mehr nach Süden unter die Griechen, besonders aber im Osten unter die Serben auf türkisches Gebiet gemischt und diese vielfach von ihren Wohnsitzen vertrieben. Es erhebt daher erklärlich, wenn auch vom christlichen Standpunkte keineswegs entschuldigbar, daß die Serben, nachdem sie die Türken geschlagen hatten, blutige Vergeltung für die mehr als fünfhundertjährige

schröckliche Bedrückung ausübten. Diese Tatsachen müssen aber zur Beurteilung der Sachlage in Rechnung gezogen werden, was leider fast nirgends geschieht. Da bei den kriegerischen und räuberischen Albanesenstämmen des Nordens noch immer die Blutrache herrscht, so haben sich im Hinblick auf die Mischung mit anderen Völkern Sitten und Gewohnheiten herausgebildet, die unter dem Titel „Albanische Frage“ schon oft die europäischen Kabinette beschäftigt haben. Der Gedanke daher, ein neues Albanien, als Pufferstaat zwischen Slawentum und Dreihund, herzustellen, ist eine von den Großmächten erdachte Politik, deren Kurzsichtigkeit auf der Hand liegt, und die sich über kurz oder lang gegen die Großmächte selbst richten wird. Albanien mit seiner gemischten Bevölkerung wird nicht Ruhe halten, als Königreich oder Fürstentum noch weniger, als türkische Provinz.

### Bei Einkäufen empfehlen sich:

**Richard Elze**  
Größte Auswahl in Posamenten, Trikotagen, Kurz-, Woll- und Weisswaren. — Neu aufgenommen: **Putz**.  
Gegründet 1883. **Marktplatz 6.**

**Alexander Blau**  
Tapisserie, Posamenten, Trikotagen und Wollwaren.  
Geschäft besteht seit 1853. **Leipzigerstrasse 99.**

**W. F. Wollmer**  
Posamenten, Strumpfwaren, Trikotagen, Wollwaren.  
Gegründet 1769. **Gr. Ulrichstrasse 4.**

**H. Schnee Nacht, A. & F. Ebermann.**  
Spezialität Trikotagen, Strümpfe.  
**Gr. Steinstr. Nr. 84.**

**Gust. Liebermann**  
Herrenartikel, Wasche, Trikotagen, Strümpfe, Wollwaren.  
**Geiststr. 42**

## Beachten Sie!

## Zeitgemäße Winke.

## Beachten Sie!

Bitte weiter verbreiten!

Vernunft und Gerechtigkeit, das sind zwei Faktoren, die der Stand der Träger einer idealen Lebensanschauung — der Mittelstand — sich stets vor Augen halten soll; es darf im Volke nicht jegliches Gefühl für das, was Recht ist, abhanden kommen. Dadurch, daß das Vertrauen zu unserer Rechtspflege im Volke immer mehr verschwindet, Treue und Glaube durch Mißtrauen ersetzt wird, wird das Vertrauen zur Rechtspflege nicht gesteigert. Der Grund ist darin zu suchen, daß das Volk noch nicht mit den Bestimmungen des Bürgerlichen eng verwachsen ist, was auch sobald nicht vorzukommen wird, weil fortgesetzt neue Gesetzes-Bestimmungen ausgeklügelt werden, die das Volk in seinem Denkvermögen immer mehr verwirren.

Wenn auch im Notfalle der gesunde Menschenverstand lehrt was Recht und Unrecht ist, auch der wohlmeinende Freund und Nachbar der Ansicht beipflichtet, so steht im Gesetze doch öfter anders geschrieben, darum soll man nicht in Rechtsstreitigkeiten seinen gefunden Menschenverstand fragen, sondern sich Information holen in der

### Rechts-Auskunftsstelle für den Mittelstand in Halle a. S., Mittelstraße 6<sup>11</sup>

Sprechstunden auch Sonntags von 9—12 Uhr.

Gegen angemessene Gebühren werden Auskünfte über alle Rechtsfragen erteilt; Einziehung von Forderungen, auch völlige Prozeßführung bei den Amts- und Landgerichten übernommen; Verträge jeder Art; Testamente entworfen; Außergerichtliche Vergleiche herbeigeführt; Buchführung zum Nachweise für die Einkommensteuer-Voranlagung übernommen.

Der Mittelstandsbund strebt für das Wohlergehen der mittleren Standes- und Berufsgruppen, für Aufklärung auf allen Gebieten des wirtschaftlichen und politischen Lebens des deutschen Volkes. Da für den Mittelstand Hilfe von oben nicht zu erwarten ist, muß er seine Charakterfestigkeit betätigen und sich selber helfen. — Da aber Unkenntnis des Gesetzes nicht vor dem Reifall schützt, bietet der Mittelstandsbund dem Unkundigen eine Stelle, wo er Belehrung findet, was er zu tun und zu lassen hat. — Man komme aber nicht erst fragen, wenn es zu spät ist.

Der Vorstand des Mittelstandsbundes für Halle a. S. und den Saalkreis.

E. Schröder, Vorsitzender.

**Cordes'sche**  
**Bekleidungs-Akademie**  
Halle a. S., Gr. Steinstr. 24 II.  
In Halle einzige  
**wirkliche Akademie**  
Für Zuschneider, Direktoren und Schneiderinnen gründlichste und erfolgreichste Ausbildung.  
Extrakurse für Familienbedarf.  
Naheres durch Gratis-Prospekt.  
**C. Davids, Direktor.**

**Zu Pfingsten**  
empfiehlt  
**Oberhemden, weiss und bunt**  
Neuheiten in Krawatten  
**L. Remmler**  
Leipziger Straße 103, neben Helmboldt & Co.

Ein jüngerer verheirateter Gärtner, zugleich Jäger und Bienezüchter, welcher Beweise seiner Brauchbarkeit erbringen kann, ändert zum 1. Juni oder später lohnende Stellung auf dem Rittergut Bullenstedt bei Bernburg.

## Sämereien

**Gemüse:**  
Salat, Radies, Petersilie, Rote Rüben, Majoran, Bohnenkraut, Dill, Gurken, Busch- und Stangenbohnen etc. etc.

**Blumen für Einfassungen:**  
Adonis, Nemophila, Lobelien, Iberis, Roter Lein, Steinkraut, etc.

**Schlingpflanzen:**  
Hochrankende Kresse und Winde, Jap. Hopfen, Cobaca, Balkonmischung etc.

**Grassamen, Frühkartoffeln, Spargelpflanzen, Gartenwerkzeuge, Blumendünger etc. etc.**  
Erfurter Samenhandlung  
**Wilhelm Greil**  
Tel. 2865. Halle a. S. Markt 7.



Verkaufsstelle:  
**Paul Günther**  
Halle a. Saale  
Große Ulrichstraße 18  
(Ecke Endepols & Dunker)  
Telephon 8071.  
Mitglied des Rabatt-Sparverein.

## Nie wiederkehrender Gelegenheitskauf!

Wegen Uebergabe meines Geschäfts an meinen Schwiegersohn verkaufe  
**Herren-Anzüge, Paletots, Joppen, Hosen, Burschen-Anzüge, sämtl. Arbeiter-Garderobe**

zu jedem nur einigermassen annehmbaren Preise.

Die Frühjahrs- und Sommersachen müssen bis Juli geräumt sein, da meine Geschäftsräume anderweitig vermietet sind. Wie bekannt, führe ich nur erstklassige Waren; mein Schwiegersohn läßt die fertige Konfektion fallen und führt nur Massanfertigung für Herren und Damen weiter.

**Die Laden-Einrichtung ist zu verkaufen.**

**Otto Knoll, Leipziger Straße 36.**

## Grosse Eingänge letzter erschienenener Neuheiten in Damen-Konfektion.

**Kostüme, Kostümröcke, Blusen, Paletots und Jacketts, Staubmäntel, Umhänge**  
schicke und kleidsame Fassons, vom einfachsten bis zum elegantesten Genre, zu **billigsten gestellten Preisen.**

**Reichhaltige Auswahl in fertigen Kleidern.**

Meine Kostüme bieten durch tadellosen Sitz u. Verarbeitung vollständigen Ersatz für Massarbeit.  
**Theodor Rühlemann, Leipziger Strasse 97.**  
Mitglied des Rabatt-Spar-Vereins.

Verleger und verantwortlicher Redakteur: E. Schröder, Halle a. S., Mittelstraße 6. — Druck von Carl Gleditsch, Halle a. S., Geißeistraße 19, Fernruf 902.

